

Die «Monatsbriefe» (vormals «Briefe gegen das Vergessen») sind Briefaktionen im Rahmen der «Urgent Actions». Für das Abo der Monatsbriefe wählen wir monatlich jeweils zwei Aktionen aus, für die ein Versand per Post an die Zielperson möglich ist und die Frist zum Mitmachen i.d.R. mindestens zwei Monate beträgt.

JORDANIEN: BRIEFAKTION FÜR AYMAN SANDUKA

POLITISCHER AKTIVIST WEGEN FACEBOOK-POST ZU FÜNF JAHREN HAFT VERURTEILT

Am 7. Januar 2025 verurteilte das jordanische Staatssicherheitsgericht den politischen Aktivist und Mathematikprofessor Ayman Sanduka wegen «Anstiftung zur Opposition gegen das politische System» zu fünf Jahren Gefängnis. Der Vorwurf bezog sich auf einen Facebook-Post, den er im Oktober 2023 an den König gerichtet hatte und in dem er die diplomatischen Beziehungen Jordaniens zu Israel kritisierte. Ayman Sanduka muss sofort und bedingungslos freigelassen werden, weil seine Inhaftierung willkürlich ist.

Das Staatssicherheitsgericht (SSC) in Jordanien hat den politischen Aktivist und Mathematikprofessor Ayman Sanduka der «Anstiftung zur Opposition gegen das politische System» schuldig gesprochen, nur weil er sein Recht auf freie Meinungsäusserung in den Sozialen Medien wahrgenommen hat.

Am 21. Dezember 2023 wurde Ayman Sanduka inhaftiert, weil er im Oktober 2023 einen Brief an den jordanischen König auf Facebook gepostet hatte, in dem er die diplomatischen Beziehungen Jordaniens zu Israel kritisierte. Am 7. Januar 2025 wurde er zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Ayman Sandukas Inhaftierung beruht ausschliesslich auf der legitimen Ausübung seines Rechts auf freie Meinungsäusserung. Eine Festnahme oder Inhaftierung als Strafe für die Ausübung von Menschenrechten, einschliesslich des Rechts auf freie Meinungsäusserung, ist willkürlich und verstösst gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen Jordaniens.

Laut seinem Rechtsbeistand befindet er sich in einem Gefängnis, das etwa 300 km von seiner Heimatstadt entfernt liegt. Dadurch wird es für seine Familie sehr schwer, ihn zu besuchen. Er ist regelmässigen Schikanen und Demütigungen ausgesetzt.

Seit der israelischen Offensive im Oktober 2023 in Gaza haben die jordanischen Behörden weit gefasste Gesetze, darunter das Gesetz gegen Cyberkriminalität, verschärft, um Journalist*innen, Aktivist*innen und andere Personen ins Visier zu nehmen und zu schikanieren, die online Meinungen äussern, in denen die Regierungspolitik gegenüber Israel kritisiert wird.

→ Dies ist eine gekürzte Fassung der Informationen. Den ungekürzten Text finden Sie online.

Setzen Sie sich für Ayman Sanduka ein – Unser Aktionsvorschlag:

☒ Senden Sie einen höflich formulierten **Brief per Post an den jordanischen König**.

Forderungen:

- Die unverzügliche und bednungslose Freilassung von Ayman Sanduka, da er ausschliesslich deshalb verurteilt wurde, weil er sein Recht auf freie Meinungsäusserung friedlich wahrgenommen hat.
- Bis zu seiner Freilassung Schutz vor Folter und anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlungen oder Strafen.
- Auf Anfrage oder bei Bedarf Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung.

→ Schreiben Sie in Ihren eigenen Worten oder verwenden Sie den **Modellbrief auf der nächsten Seite**.

→ Bevorzugte Sprache(n): Englisch, Arabisch oder in Ihrer eigenen Sprache.

→ Senden Sie den Brief **per Post** (oder per X/Twitter).

HÖFLICH FORMULIERTEN BRIEF SENDEN AN

His Majesty King Abdullah II ibn Al Hussein
Royal Hashemite Court
Amman
Jordan

X/Twitter: @KingAbdullahII

Der Brief kann auch über dieses Online-Portal verschickt werden:

<https://kingabdullah.jo/en/form/feedback>

Porto: CHF 2.50

Anrede: Your Majesty, / Majestät

KOPIE AN

Botschaft des Haschemitischen Königreichs
Jordanien
Thorackerstrasse 3
3074 Muri b. Bern

Fax: 031 384 04 05

E-Mail: berne@fm.gov.jo

Porto Schweiz intern



Online zudem:

→ **Modellbrief in Englisch**

→ Weitere **Hintergrundinformationen**

→ Zusätzliche Aktionsmöglichkeiten in den **Sozialen Medien**

Link: <https://www.amnesty.ch/de/mitmachen/briefe-schreiben/urgent-actions/liste/2024/ua-026-24-jordanien>

Alternativ können Sie auf [amnesty.ch](https://www.amnesty.ch) im Suchfeld  auch die **Nummer oben rechts** eingeben, den **Titel dieser Aktion** oder den **Namen der Person**.

His Majesty
King Abdullah II ibn Al Hussein
Royal Hashemite Court
Amman
Jordan

Majestät

Das Staatssicherheitsgericht (SSC) in Jordanien hat den politischen Aktivisten und Mathematikprofessor **Ayman Sanduka** der «Anstiftung zur Opposition gegen das politische System» schuldig gesprochen, nur weil er sein Recht auf freie Meinungsäusserung in den Sozialen Medien wahrgenommen hat.

Am 21. Dezember 2023 wurde Ayman Sanduka vom Staatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts vorgeladen und inhaftiert, weil er im Oktober 2023 einen Brief an den jordanischen König auf Facebook gepostet hatte, in dem er die diplomatischen Beziehungen Jordaniens zu Israel kritisierte. Am 7. Januar 2025 verurteilte das Staats-sicherheitsgericht Ayman Sanduka wegen «Aufwiegelung zum Widerstand gegen das politische System» gemäss Paragraf 149 des Strafgesetzbuches und Paragraf 15 des Gesetzes über Cyberkriminalität zu fünf Jahren Gefängnis.

Ayman Sandukas Inhaftierung beruht ausschliesslich auf der legitimen Ausübung seines Rechts auf freie Meinungsäusserung. Eine Festnahme oder Inhaftierung als Strafe für die Ausübung von Menschenrechten, einschliesslich des Rechts auf freie Meinungsäusserung, ist willkürlich und verstösst gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen Jordaniens, einschliesslich des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte.

Ich bitte Sie eindringlich, dafür zu sorgen, dass Ayman Sanduka unverzüglich und bedingungslos freigelassen wird, da er ausschliesslich deshalb verurteilt wurde, weil er sein Recht auf freie Meinungsäusserung friedlich wahrgenommen hat.

Bis zu seiner Freilassung bitte ich Sie sicherzustellen, dass er vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe geschützt wird und auf Anfrage oder bei Bedarf Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung erhält.

Hochachtungsvoll,

Kopie:

Botschaft des Haschemitischen Königreichs Jordanien, Thorackerstrasse 3, 3074 Muri b. Bern
Fax: 031 384 04 05, E-Mail: berne@fm.gov.jo

Die «Monatsbriefe» (vormals «Briefe gegen das Vergessen») sind Briefaktionen im Rahmen der «Urgent Actions». Für das Abo der Monatsbriefe wählen wir monatlich jeweils zwei Aktionen aus, für die ein Versand per Post an die Zielperson möglich ist und die Frist zum Mitmachen i.d.R. mindestens zwei Monate beträgt.

KOLUMBIEN: BRIEFAKTION FÜR DIE MITGLIEDER UND DIE ARBEIT VON FEDEPESAN VERTREIBUNG DER FISCHERGEMEINDE VERHINDERN!

Am 15. Februar 2024 gab der kolumbianische Fischerei- und Umweltverband FEDEPESAN bekannt, dass sich seine Mitglieder gezwungen sehen, kollektiv aus den von ihnen bewohnten Gebieten der Seen und Flüsse rund um die Stadt Barrancabermeja wegzuziehen. In den vergangenen Jahren und auch den ersten beiden Monaten des Jahres 2025 waren Mitglieder von FEDEPESAN zahlreichen Schikanen, Drohungen, Raubüberfällen, Erpressungen und sogar Mordversuchen durch bewaffnete Gruppen ausgesetzt, die die Kontrolle über die Gewässer zu ihrem eigenen Vorteil anstrebten oder Vergeltung übten, weil FEDEPESAN mögliche Fälle von Umweltverschmutzung und Korruption angeprangert hatte. Amnesty International fordert die kolumbianische Polizei auf, die Sicherheit der FEDEPESAN-Mitglieder zu gewährleisten und deren Vertreibung zu verhindern.

Die nahe Barrancabermeja lebenden Mitglieder des Fischerei- und Umweltverbandes FEDEPESAN (Federación de Pescadores Artesanales Ambientalistas y Turísticos del Departamento de Santander) sind in Gefahr, vertrieben zu werden. Dies gilt insbesondere für Fischer*innen, die ihre Fangtätigkeit auf dem See von Ciénaga de San Silvestre sowie den Flüssen Sogamoso und Magdalena, Caño San Silvestre, Caño Rosario und Quebraza El Zarzal in der Gegend um Barrancabermeja (Region Magdalena Medio) ausüben.

Am 15. Februar 2025 gaben die Fischer*innen von FEDEPESAN bekannt, dass sie sich gezwungen sehen, ihr Gebiet zu verlassen. Sie werden seit Jahren schikaniert und sind 2025 bereits bedroht worden. Die Behörden unternehmen nicht genügend, um die FEDEPESAN-Mitglieder zu schützen.

Zu den zahlreichen Schikanen, denen Mitglieder von FEDEPESAN ausgesetzt sind, gehören telefonische und direkte Drohungen – manchmal in Form von Erpressung, manchmal weil sie von bewaffneten Gruppen, die die Kontrolle über die Seen und Flüsse der Region anstreben, als Hindernis betrachtet werden. Sie sind zudem in der Vergangenheit angegriffen worden, weil sie die Wasserverschmutzung oder mögliche Korruptionsfälle angeprangert hatten, die den Umweltschutzmassnahmen in ihrem Gebiet zuwiderlaufen. Angesichts dieser Umstände haben Mitglieder von FEDEPESAN Angst, fischen zu gehen, und können deshalb weder ein Einkommen erzielen noch ihre Familien ernähren. Diese Situation bedroht ihre Grundrechte, darunter die Rechte auf Arbeit, Nahrung und Sicherheit, sowie ihre Landrechte.

→ Dies ist eine gekürzte Fassung der Informationen. Den ungekürzten Text finden Sie online.

Setzen Sie sich für die Mitglieder und die Arbeit von FEDEPESAN ein – Unser Aktionsvorschlag:



Senden Sie einen höflich formulierten **Brief per Post an den Polizeigeneraldirektor:**

Forderungen:

In Absprache mit den FEDEPESAN-Mitgliedern (sowohl bei der Planung als auch bei der Umsetzung und der Evaluierung) und entsprechend seiner Pflichten zum Schutz der Rechte und Freiheiten der Menschen in Magdalena Medio: sofortige und wirksame Massnahmen ergreifen, um die Mitglieder von FEDEPESAN zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten.

- Schreiben Sie in Ihren eigenen Worten oder verwenden Sie den **Modellbrief auf der nächsten Seite**.
- Bevorzugte Sprache(n): Spanisch oder in Ihrer eigenen Sprache.
- Senden Sie den Brief **per Post** (oder per E-Mail oder X/Twitter).

HÖFLICH FORMULIERTEN BRIEF SENDEN AN

General Carlos Fernando Triana
Director General de la Policía Nacional
Carrera 59 26-21 – CAN
Bogotá DC
Colombia

E-Mail: lineadirecta@policia.gov.co
Twitter/X: @PoliciaColombia

Porto: Europa: CHF 1.90 / übrige Länder: CHF 2.50

Anrede: Señor Director General: / Dear Mr. Director, / Sehr geehrter Herr Direktor

KOPIE AN

Botschaft der Republik Kolumbien
Zieglerstrasse 29
3007 Bern

Fax: 031 350 14 09
E-Mail: esuiza@cancilleria.gov.co

Porto Schweiz



Online zudem:

- **Modellbriefe** in Englisch und Spanisch
- Weitere **Hintergrundinformationen**
- Zusätzliche Aktionsmöglichkeiten in den **Sozialen Medien**

Link: <https://www.amnesty.ch/de/mitmachen/briefe-schreiben/urgent-actions/liste/2025/ua-016-25-kolumbien>

Alternativ können Sie auf [amnesty.ch](https://www.amnesty.ch) im Suchfeld  auch die **Nummer oben rechts** eingeben, den **Titel dieser Aktion** oder den **Namen der Person**.

General Carlos Fernando Triana
Director General de la Policía
Nacional
Carrera 59 26-21 – CAN
Bogotá DC
Colombia

Sehr geehrter Herr Direktor

Die nahe Barrancabermeja lebenden **Mitglieder des Fischerei- und Umweltverbandes FEDEPESAN** (Federación de Pescadores Artesanales Ambientalistas y Turísticos del Departamento de Santander) sind in Gefahr, vertrieben zu werden. Dies gilt insbesondere für Fischer*innen, die ihre Fangtätigkeit auf dem See von Ciénaga de San Silvestre sowie den Flüssen Sogamoso und Magdalena, Caño San Silvestre, Caño Rosario und Quebraza El Zarzal in der Gegend um Barrancabermeja (Region Magdalena Medio) ausüben.

Am 15. Februar 2025 gaben die Fischer*innen von FEDEPESAN bekannt, dass sie sich gezwungen sehen, ihr Gebiet zu verlassen. Sie werden seit Jahren schikaniert und sind 2025 bereits bedroht worden. Die Behörden unternehmen nicht genügend, um die FEDEPESAN-Mitglieder zu schützen.

Zu den zahlreichen Schikanen, denen Mitglieder von FEDEPESAN ausgesetzt sind, gehören telefonische und direkte Drohungen – manchmal in Form von Erpressung, manchmal weil sie von bewaffneten Gruppen, die die Kontrolle über die Seen und Flüsse der Region anstreben, als Hindernis betrachtet werden. Sie sind zudem in der Vergangenheit angegriffen worden, weil sie die Wasserverschmutzung oder mögliche Korruptionsfälle angeprangert hatten, die den Umweltschutzmassnahmen in ihrem Gebiet zuwiderlaufen. Angesichts dieser Umstände haben Mitglieder von FEDEPESAN Angst, fischen zu gehen, und können deshalb weder ein Einkommen erzielen noch ihre Familien ernähren. Diese Situation bedroht ihre Grundrechte, darunter die Rechte auf Arbeit, Nahrung und Sicherheit, sowie ihre Landrechte.

Ich bitte Sie hiermit entsprechend Ihrer Pflichten zum Schutz der Rechte und Freiheiten der Menschen in Magdalena Medio, sofortige und wirksame Massnahmen zu ergreifen, um die Mitglieder von FEDEPESAN zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten. Bitte sprechen Sie diese Massnahmen mit den FEDEPESAN-Mitgliedern ab - sowohl bei der Planung als auch bei der Umsetzung und der Evaluierung.

Hochachtungsvoll,

Kopie:

Botschaft der Republik Kolumbien, Zieglerstrasse 29, 3007 Bern
Fax: 031 350 14 09 / E-Mail: esuiza@cancilleria.gov.co